

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsOA.ch

GSoA GSOA-ZITIG NR. 194

JUNI 2023

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Russische Opposition

Sie riskieren hohe Strafen und damit ihre eigene Freiheit, um gegen den Krieg zu protestieren. Doch die Opposition in Russland lebt. Ein Interview mit zwei Betroffenen. SEITE 4

Frauen, Armee und Social Media

Zahlreiche Regierungen setzen auf Influencerinnen, um die junge Generation und speziell Frauen ins Militär zu locken. Eine besorgniserregende Entwicklung. SEITE 5

Nukleare Abrüstung

Die Schweiz tut noch immer zu wenig in Sachen nuklearer Abrüstung. Im Gegenteil: Sie hält sogar finanzielle Anteile an Atomwaffenherstellern und tut sich schwer mit der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags. SEITE 7



MITARBEIT AM NÄCHSTEN GROSSPROJEKT

Interesse? Melden Sie sich
unter gsOA@gsOA.ch



Kundgebung in Bern: Ein Jahr Krieg in der Ukraine

Foto: CC BY-NC 4.0, liveit.ch/Manuel Lopez

Liebe Leser*innen

Es ist eine herausfordernde Zeit und zuversichtlich stimmende politische Entwicklungen und Ereignisse sind derzeit eher rar. Anlässlich des traurigen ersten Jahrestags des Ukraine-Krieges haben wir in Bern gegen die noch immer erfolgende Schweizer Unterstützung von Putins Kriegsmaschinerie protestiert. Mehr zu dieser Kundgebung sowie zum Themenkomplex Schweiz-Ukraine-Russland gibt es auf den Seiten 2 und 4 zu lesen. Im März folgten dann die Kriegsmaterialexportzahlen mit einem traurigen Rekord. Was wir zu den unfassbar hohen Zahlen meinen, gibt es auf Seite 3 nachzulesen. Doch diese Ausgabe beinhaltet auch Mut machende Berichte, die aufzeigen, wie sich Menschen für eine pazifistische und friedliche Zukunft engagieren, und wie eine solche aussehen könnte. Auf Seite 6 gibt es einen Bericht über die «Gun Free Kitchen Table», wo sich Frauen in Israel für Waffenkontrollen und Abrüstung einsetzen. Auf Seite 7 folgt ein Bericht über unsere Welt im Jahr 2043 – eine spannende Prognose. Abgerundet wird diese Zeitungsausgabe mit einem nostalgischen Rückblick auf die Geschichte der GSoA und ihrer Beziehung zu Kampfjets. Ausserdem haben wir anlässlich des 40. Geburtstags der GSoA neue T-Shirts designt. Diese sind ab sofort online erhältlich oder können auch ganz bequem mit dem Formular auf der letzten Seite bestellt werden.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Joris Fricker
und das ganze Redaktionsteam

Impressum

Redaktion: Anja Gada, Andreas Weibel, Fabio Briante, Kilian Bello, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Noëmi Holtz, Oger, Pauline Schneider

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

ANTIMILITARISTISCHES MANIFEST

Erfolgreiches Zwischenprojekt: Das antimilitaristische Manifest

Der Ukraine-Krieg bewegt und er bewegt auch die GSoA. Deshalb haben wir ein Projekt angerissen, in dem unsere aktuellen Positionen an einem Ort gebündelt sind. Das Projekt «antimilitaristisches Manifest» wurde verabschiedet. Ein Rückblick. JORIS FRICKER

Wenn die halbe Welt aufgrund des Krieges von Zeitenwende spricht, wo steht da die GSoA? So kann vielleicht die Ausgangslage für das antimilitaristische Manifest beschrieben werden. In der Hoffnung, unsere Positionen gegliedert niederschreiben zu können, nahm dieses Projekt im Januar seinen Anfang. Das Fernziel war die Verabschiedung an der Vollversammlung im Mai und hiernach wurde auch der Zeitplan ausgestaltet. Einen wichtigen Bestandteil des Prozesses stellten die Regionalgruppen-Treffen dar. Während mehrerer Wochen wurde schweizweit recherchiert, diskutiert, geschrieben und strukturiert. Das Manifest deckt

durch die Themen «Pazifismus und Antimilitarismus», «Armee», «Abrüstung», «Neutralität», «Sicherheitsarchitektur», «Kriegsmaterial und Finanzplatz», «Konflikt und Klima» unserer Ansicht nach die wichtigsten Bereiche der GSoA-Politik ab. Die Texte wurden auf Basis der Recherche-Arbeit unserer Mitglieder von den einzelnen Sekretär*innen verfasst und für Anträge freigegeben.

Wir freuen uns, dass das Projekt an der diesjährigen Vollversammlung einen solch grossen Anklang gefunden hat und nun zur Distribution bereit ist. Das Manifest ist als Kurzfassung in Broschürenform erhältlich (Bestellung unter

gsoa@gsoa.ch) und auf unserer Website in Vollversion einsehbar. Dank den regen Inputs der ReGru's und der abschliessenden Feinarbeit des Sekis kann man sagen: Das antimilitaristische Manifest ist sowohl ein Zeitzeuge der aktuellen Debatten wie auch eine historische Dokumentation unserer Kernthemen. Auch die Forderungen erstrahlen so konsequent wie immer, denn der Handlungsbedarf ist dringender denn je. Wir freuen uns über das gelungene Projekt!

<https://gsoa.ch/manifest/>



EIN JAHR KRIEG

Unsere Kundgebung zur Jährgung des Angriffskriegs auf die Ukraine

Rund 200 Personen versammeln sich am 22. Februar auf dem Waisenhausplatz in Bern. Es ist regnerisch, grau, kalt. Die Wetterbedingungen sind jedoch nicht das, was den Friedensaktivist*innen an jenem Tag am meisten zu schaffen macht. Ein Text über den Hauptschauplatz konsequent antimilitaristischer Friedenspolitik. ANJA GADA

«Könnte Putin seinen Krieg noch finanzieren ohne die Abermilliarden, die ihm in den letzten Jahren aus der Schweiz zufließen? Könnte Putin seine Bomber noch starten ohne die Schweizer Dual-Use-Maschinen, mit denen er Triebwerke herstellt?», sind die Einstiegsfragen, die Jo Lang in die Menge ruft. Es sind diese Fragen, die seit dem grausamen Angriff Russlands auf die Ukraine in der Schweiz unbeantwortet bleiben. Die bürgerliche Mehrheit im Schweizer Parlament versucht alles, um von der Rolle und Verantwortung der Schweiz in diesem Krieg abzulenken. Vorzugsweise wurde über Munitionslieferungen, Nichtwiederausfuhr-Erklärungen, Panzer-Ringtausch und über die Erhöhung des peinlich tiefen Beitrags

humanitärer Hilfe gesprochen. Der Finanzplatz, der Kohle- und Ölhandel, die Oligarchenmilliarden, russische Dual-Use-Exporte und Handelsbeziehungen zur Entourage Putins wurden gekonnt diskursiv umgangen.

Die 200 Friedensaktivist*innen auf dem Waisenhausplatz haben genug. Ein Jahr nach dem 24. Februar ist es an der Zeit, dass die Schweiz ihre Verantwortung als Brennpunkt der russischen Oligarchengelder und des Transithandels mit russischen Rohstoffen wahrnimmt. Vor Kriegsausbruch stammten rund 1/3 der Staatseinnahmen Russlands vom Export fossiler Energieträger, insbesondere Öl und Gas. 60 Prozent der fossilen Exporte, so die Nichtregierungsorganisation Public Eye, sind

dabei über die Schweizer Umschlagsplätze – Zug, Genf, Lugano, Luzern – gehandelt worden. Erst kürzlich rügte das amerikanische Aussenministerium die Schweizer Regierung. Die Sanktionen würden nicht genügend umgesetzt, zu wenig Transparenz, zu wenig Wille, die Oligarchengelder konsequent einzufrieren.

Abgespielen werden jene, welche einen Stopp der Kriegsfinanzierung Russlands aus der Schweiz fordern, mit einer Erhöhung der humanitären Hilfe. Ein Realitätscheck zeigt jedoch: Die Schweiz ist international eines der Schlusslichter, insbesondere in Anbetracht des Schweizer Reichtums, was die finanzielle Unterstützung der Ukraine betrifft.

Dieser Umstand ist nur ein Grund von vielen, weshalb Kundgebungen wie diese zentral sind. Wir dürfen nicht aufhören, dort den Finger draufzulegen, wo Bürgerliche eine scheinbare Generalamnesie erfahren haben. Reden wir darüber, was wirklich wichtig ist.

AUSBLICK

Save the date!

Vom 23. bis 25. Juni 2023 findet in Bern das europäische Treffen des ENAAT (European Network Against Arms Trade) statt. Dieses Jahr ist die GSoA Gastgeberin dieser Diskussionsstage. PAULINE SCHNEIDER

Die ENAAT engagiert sich unter anderem dafür, dass die Finanzierung von Rüstungsforschung nicht Teil des neuen EU-Haushalts wird. Alle Organisationen, die Teil des Verbandes sind, setzen sich gegen die Waffenlobby ein, der es heute besser geht denn je. Laut einer Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hat der Krieg in der Ukraine die Schweizer Militärausgaben auf den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges steigen lassen. Es ist also umso wichtiger, uns mit anderen

Gruppen auszutauschen, die so wie wir antimilitaristische Werte vertreten. So können wir alle möglichen Wege finden, um gegen diese markante Erhöhung anzukämpfen. Das Programm vom Freitagabend, den 23. Juni, steht allen offen. Es wird über das brennende Thema Atomwaffen diskutiert. Mit dabei sind Parlamentarier*innen und Vertreter*innen verschiedener Organisationen. So wird einerseits der internationale Aspekt des Themas beleuchtet und andererseits die Rolle der Schweiz ange-

sprochen. Die Schweiz hat dazu beigetragen, den TPNW (Atomwaffenverbotsvertrag) auszuhandeln und seit 2018 will ihn das Parlament ratifizieren. Dennoch lässt der Bundesrat diese Entscheidung auf dem Schreibtisch verstauben, obschon Russland mit der Atomwaffe droht. Zudem hat Russland im Februar angekündigt, aus dem New Start Abkommen auszusteigen. Dem Vertrag also, den Russland zusammen mit den USA unterzeichnet hatte und der die nukleare Abrüstung zum Ziel hatte. Diese ist heute wichtiger denn je. Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung findet ihr unter gsoa.ch. Wir freuen uns auf euch!



KMEX I

Schweiz exportiert 2022 so viel Kriegsmaterial wie nie zuvor!

Es ist eine Geschichte, wie sie nur die angeblich militärisch neutrale Schweiz liefern kann. Es herrscht Krieg in Europa, die Waffenexportzahlen explodieren und dennoch bettelt die Rüstungsindustrie um neue Sonderrechte. Für die GSoA ist klar: Profite mit Menschenleben bleiben unerhört. JORIS FRICKER

In «Kriegszeiten» blickt man als Pazifist*in den Kriegsmaterialexportzahlen nur wenig freudig entgegen. Und siehe da: Die Schweiz hat im Jahr 2022 Waffen im Wert von 955 Millionen Franken exportiert. Oder noch schöner dargestellt: 955'000'000 CHF. Das ist Rekord.

Wer jetzt denkt, die Vertreter*innen der Rüstungskonzerne hätten nach Veröffentlichung dieser Zahlen erstmal Sendepause, der hat sich getäuscht. Die Rüstungsindustrie durfte nämlich noch vor nicht allzu langer Zeit beim Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) vorsprechen. Nach eindeutigen Quellen, die vorliegen, war diese «Aussprache» nicht weniger als eine Wehklage, wie dermassen schlecht es der Schweizer Rüstungsindustrie gehe. Man solle endlich die «Diskriminierung der Rüstungsindustrie bei Finanz- und Bildungsorganisationen bekämpfen», denn «30 Jahre Trommelfeuer von Links haben Narrativ der wehrhaften Schweiz zerstört» (Quelle: WoZ). Ja, das ist ein Kompliment an die GSoA.

Doch klar ist: Die Aussagen sind in Anbetracht der hohen Exportzahlen von 2022 an Zynismus nicht zu überbieten. Als wären diese Klagelieder und das Vorbeten beim Bundesrat nicht genug, scheinen bürgerliche Politiker*in-

nen der Rüstungsindustrie im Parlament jeden Wunsch erfüllen zu wollen. Der breit diskutierte Vorstoss von FDP-Ständerat Thierry Burkart, der angeblich die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen in die Ukraine durch andere Staaten erlaubt hätte, war in der Realität einzig ein Versuch, der Rüstungsindustrie neue Rechte zu beschern. So wäre die von der GSoA erkämpfte Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes (Gegenvorschlag Korrekturinitiative 2021) krass

verwässert worden, was diverse fragwürdige Waffenlieferungen wieder ermöglicht hätte, ohne der Ukraine auch nur eine einzige Waffe liefern zu können. Das ist bürgerliche Friedenspolitik: Nebelpetarden für Rüstungsprofite.

HEUTE SCHON MÖGLICH!

Die GSoA selbst reagierte auf die hohen Exportzahlen mit einer kleinen Aktion. Dabei parodierte man mit Burkart, Parmelin und dem Vertreter der Rüstungsbranche Stefan Brupbacher drei Hauptakteure in diesem Drama. Dabei wurde veranschaulicht, dass die geforderten Exporte in zahlreiche Länder, die Menschenrechte mit Füßen treten, bereits heute möglich sind. Denn was gar noch nicht erwähnt wurde: Spitzenreiter unter den Abnehmern schweizerischen Kriegsmaterials ist Katar, dicht gefolgt von Saudi-Arabien. Das SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) hat in Folge dieser Entwicklungen übrigens ein sogenanntes Medienfrühstück einberufen. Trotz kurzzeitiger Ausladung hat sich die GSoA dort eingeschlichen. Da es aber als «off-record» Event galt, kann hier nichts geteilt werden. Eines sei aber gesagt: Das SECO arbeitet noch immer primär im Interesse der sogenannten Wirtschaft, die Menschen stehen hinten an.

Aktion KMEX-Zahlen. Foto: ©Anja Gada



KMEX II

Wie die Kriegsmateriallobby die Schweizer Aussenpolitik an die Wand fährt

Ob die Schweiz die Wiederausfuhr von Schweizer-Waffen an die Ukraine zulassen soll, wird nicht nur hierzulande heftig diskutiert. Im Ausland ist die Logik der Schweizer-Rüstungsexportpolitik nicht nachvollziehbar – zurecht. MARTIN PARPAN

«Die Schweiz exportiert Munition und Waffen in Länder, die keine Demokratien nach westlicher Lesart sind, beispielsweise Saudi-Arabien. Als Freundin der Schweiz frage nicht nur ich mich, wie die Schweiz, ohne mit der Wimper zu zucken, solche Länder beliefert, aber den Grenz-nachbarn und Partnern nicht erlaubt, die in der Schweiz bestellte Munition an ein Land im Herzen Europas zu liefern, welches ums nackte Überleben kämpft». Diese Aussage stammt von der einflussreichen deutschen FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann und bringt das Problem auf den Punkt: Die Schweiz hat

sich mit ihrer widersprüchlichen Rüstungsexportpolitik aussenpolitisch unglaubwürdig gemacht. Dabei liegt der Kern des Problems nicht nur darin, dass sich die Schweiz schwertut, mit den Lieferungen an die Ukraine, sondern darin, dass sich die Schweiz abseits vom medialen Rummel keinen Deut um die nun ins Feld geführte Neutralität kümmert. Die Schweiz liefert und lieferte in den letzten Jahren regelmässig Waffen an Länder, die in Kriege verwickelt waren oder Menschenrechte missachteten (z.B. Saudi-Arabien, Katar). Dass die Schweiz zwischen den Jahren 2000 und 2021 gar Kriegsmaterial

im Wert von über drei Millionen Franken an Russland geliefert hat, ist ein weiteres tragisches Kapitel dieser Geschichte.

KRIEGSMATERIALEXPORTE SCHADEN AUCH DER SCHWEIZ

Die Schweiz müsste im Ukraine-Konflikt alles andere als untätig bleiben. Der Rohstoffhandel spült jeden Monat Milliarden in die russische Kriegskasse. Ein umfassendes Verbot der Finanzierung, des Handels und Imports von russischen Rohstoffen ist unabdingbar. Die Vermögen von russischen Oligarchen müssen eingezogen und der Ukraine zur Verfügung gestellt werden. Um weiteren aussenpolitischen Schaden zu verhindern, muss der Ukraine-Konflikt für die Schweiz in dem Sinne zur Zeitenwende werden, dass sie

Friedenspolitik ins Zentrum ihrer Aussenpolitik stellt und darauf verzichtet, am Krieg zu verdienen. Die GSoA fordert seit Jahren den Stopp von Waffenexporten aus der Schweiz. Im Moment scheint es aber nach wie vor so, dass Exponenten der Waffenlobby, wie zum Beispiel der FDP-Präsident Thierry Burkart, den Ukraine-Konflikt dafür nutzen möchten, der Schweizer-Rüstungsindustrie Vorteile zu verschaffen. So warnte er vor Veröffentlichung der Zahlen der Schweizer-Rüstungsexportstatistik, dass die Schweizer Rüstungsindustrie in ihrem Überleben bedroht sei und Exportkriterien gelockert werden müssten. Die kurz danach veröffentlichten Zahlen bewiesen das Gegenteil. Die Schweizer-Rüstungsindustrie füllte ihre Kassen im Jahr 2022 mit 955 Millionen Franken – ein neuer Rekord. Die Milliardengrenze scheint in Griffnähe. Die Schweiz verdient am Geschäft mit dem Krieg immer mehr. Dies zum Schaden der Opfer von Kriegen und zum Nachteil einer glaubwürdigen Schweizer-Aussenpolitik.

DIPLOMATIE

Aufgaben und Herausforderungen für die Schweiz im UN-Sicherheitsrat

Am 1. Januar 2023 wurde die Schweiz zum ersten Mal seit ihrem Beitritt zur UNO im Jahr 2002 Mitglied des UN-Sicherheitsrats. KILIAN BELLO

In ihrer zweijährigen Amtszeit will die Schweiz einige wichtige Themen unserer Epoche in den Vordergrund stellen, wie etwa Friedensförderung, den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und Klimasicherheit. So scheint die Mitgliedschaft im wichtigsten Organ der UNO für die Schweiz die Chance schlechthin zu sein, ihre lange humanitäre Tradition in den Dienst des Friedens zu stellen.

Doch die aktuelle internationale Situation

und die jüngsten Entwicklungen in der schweizerischen Aussenpolitik könnten zum Problem werden und die Ambitionen der Schweiz im Keim ersticken. Denn der Sicherheitsrat ist so gespalten wie nie zuvor. Zudem blockiert Russland die Arbeit des Gremiums mit seinem Veto, sobald der Krieg gegen die Ukraine angesprochen wird. Dies könnte das Aus bedeuten für die Ambitionen der Schweiz bezüglich Fortschritten in menschenrechtlichen Belangen,

oder zumindest denen, die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg stehen. Des Weiteren dürfte es schwierig werden, den Sicherheitsrat effizienter zu gestalten. Denn dieser wird besonders ineffizient, wenn sich brennende Fragen der internationalen Politik mit den Interessen der ständigen Mitglieder überschneiden.

Kürzlich konnte man der Presse noch etwas Besorgniserregendes entnehmen: NATO-Mitgliedsstaaten hätten auf die Schweiz Druck ausgeübt bezüglich ihres Beitritts zum Atomwaffenverbotvertrag (TPNW)¹. Es fragt sich also, wie unabhängig die Schweiz tatsächlich handeln

kann und es ist zu befürchten, dass sie sich in ihrem Willen, sich diesen Staaten anzunähern, erneut den Atommächten unterwirft. Eine internationale humanitäre Politik wegen der aktuellen Lage und der problematischen Funktionsweise des Organs nicht umsetzen zu können, ist eines. Aber willentlich auf Dinge zu verzichten, nur um befreundete Staaten nicht zu verärgern, ist etwas ganz anderes. In ihrer Amtszeit muss die Schweiz eine ehrgeizige Menschenrechtspolitik verfolgen, die in vollem Einklang mit den Prinzipien und Werten steht, die sie vertreten soll. Dabei sollte sie sich in keiner Weise den befreundeten Mächten unterwerfen, wie sie es gerade beim TPNW macht.

¹<https://www.letemps.ch/monde/exclusif-lotan-presse-suisse-ne-signer-traité-linterdiction-armes-nucleaires>

UKRAINE

KRIEGSMATERIALEXPORT

Flucht der Bürgerlichen auf Nebenschauplätze

In den letzten Monaten hat der Nischen-Begriff «Nichtwiederausfuhr-Erklärung» den Weg in die breite Öffentlichkeit gefunden. Nichtwiederausfuhr-Erklärungen sollen verhindern, dass Schweizer Kriegsmaterial in Staaten landet, in denen Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt werden. Das Prinzip ist einfach: wenn ein Staat wie Deutschland Kriegsmaterial in der Schweiz kauft, unterzeichnet dieser eine Erklärung, das Kriegsmaterial nicht weiterzuverkaufen. Zur Weitergabe benötigt es eine Bewilligung der Schweizer Behörden. ROXANE STEIGER

Bürgerliche Kreise kritisieren diese Regelung nun scharf: Sie würde die Unterstützung der Ukraine im Krieg behindern. Dabei ging es im Fall der Ukraine um die Weitergabe von kleinen Mengen an Schweizer Munition, die militärisch kaum Einfluss auf den Kriegsverlauf gehabt hätten. Die 12'000 Schuss Munition wären im Gefecht innert 15 Minuten verbraucht worden. Die Parteien von FDP bis SP überboten sich in den nationalen Parlamenten mit Vorschlägen, wie diese Regelung gelockert und somit Schweizer Rüstungsgüter indirekt in die Ukraine gelangen

könnten. Der FDP-Vorschlag schoss weit übers Ziel hinaus und hätte Tür und Tor für die Weitergabe von Waffen in autoritäre Staaten geöffnet. Aus diesem Grund stieg auch die SP in die Debatte ein. Die Folge: Unglaubliche sechs Vorstösse von FDP bis SP, die bis heute im nationalen Parlament diskutiert werden. Damit verstrickte sich das Parlament in einen Nebenschauplatz. Von den Vorschlägen hat bisher keiner eine Mehrheit gefunden. Dort wo das grosse Geld und somit auch viele mächtige Hebel sind, um den Krieg zu beeinflussen, wird weiterhin weggeschaut. Bis

zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs verkaufte Russland Erdöl und Kohle über Schweizer Rohstoffhandelsfirmen in die ganze Welt. Ob Russland diese Geschäfte weiterhin in der Schweiz tätigt, wissen die Schweizer Behörden nicht. Daten zu diesem Transithandel existieren keine. Genauso wenig zu interessieren scheint, wo sich die restlichen 192 Milliarden befinden.

Diese Debatte lenkt von den wesentlichen Hebeln der Schweiz ab und dient allein den Bürgerlichen, das Kriegsmaterialgesetz auszuhehlen. Die Schweiz hätte mit der Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärung keine Kontrolle mehr darüber, in welchen Staaten hiesiges Kriegsmaterial landen würde. Dies höhlt das Kernanliegen des Gegenvorschlags der Korrekturinitiative aus, welcher erst im Mai 2022 in Kraft getreten ist und im Parlament mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde. Zudem sollten wir nicht vergessen, dass es trotz des histori-

schen Erfolgs der Korrekturinitiative noch grosse Schlupflöcher in der Schweizer Kriegsmaterialgesetzgebung gibt: Die Behörden haben weiterhin die Möglichkeit, auf Nichtwiederausfuhr-Erklärungen zu verzichten, wenn es sich um Einzelteile oder Baugruppen von Kriegsmaterial handelt, die im Ausland in Produkt eingebaut werden. So wird heute etwa die Hälfte des Kriegsmaterials ohne Nichtwiederausfuhr-Erklärung an Staaten verkauft, die sie teilweise an Staaten weitergeben, die Menschenrechte schwerwiegend verletzen oder in bewaffnete Konflikte verwickelt sind.

Am konsequentesten wäre die Schweiz, wenn sie gar keine Kriegsmaterialexporte dulden würde, wie die GSoA seit jeher fordert. Zum einen, da Waffen hergestellt werden, um Menschen zu töten, nicht um Frieden zu stiften. Zum anderen würde eine solche Praxis keine Zweifel an der Vereinbarkeit mit der Neutralität aufwerfen und wäre konsequent in der Haltung, dass keine Waffen in Konflikten oder menschenrechtsverletzenden Staaten landen sollten.

KRIEGSFINANZIERUNG

Neutralität und Rohstoffhandel

Die Schweiz wurde dank der Neutralität zu einem Zentrum des Rohstoffhandels. Auch des unanständigen. JOSEF LANG

Nicht jeder Rohstoffhandel ist fragwürdig. Bis zur völkerrechtswidrigen Krimannexion 2014 war es auch nicht jedes russische Geschäft. Sehr wohl waren es von Anfang an jene Konzerne, die im direkten Dienste Putins standen wie Gazprom und Rosukrenergo in Zug oder Gunvor in Genf. Und Firmen wie die russischen Oligarchen gehörende Crown Resources. Die in Zug domizilierte Ölgesellschaft pflegte Schrotttanker zu chartern. Einer mit dem sinnigen Namen

Prestige brach im Herbst 2002 vor dem galizischen Finisterra auseinander und versuchte die Atlantikküste bis nach Südfrankreich hinauf. Die Moskauer Firma war wegen der Marc Rich nach Zug gekommen. Die Vorgängerin der Glencore trieb wie diese intensiven Osthandel. Dazu gehörte die Lieferung sowjetischen Erdöls ins Apartheidregime – trotz Boykott und dank Neutralität.

Wie unanständig die Putin-Gesellschaften

waren, zeigte sich im Januar 2006. Damals führte der russische Autokrat einen «Erdgaskrieg» gegen die Ukraine. Er stoppte mitten im Winter die Gaslieferungen mit Hilfe von Zuger Firmen: Gazprom und Rosukrenergo. Wir Alternativen distanzieren uns von ihnen und kritisierten die bürgerliche Steuerpolitik als unanständig. Wegen der Kritik an Zuger Firmen und am Zuger Geschäftsmodell schlug kurz darauf vor, «wieder eine vollständige bürgerliche Delegation nach Bern zu schicken». Damit zielte der CVP-Nationalrat auf den Schreibenden. Kantonsrat Luzian Franzini fasste die damalige Debatte im jüngsten «Bulletin» (März 2023) zusammen: «Während sich die Zuger Alternativen – unter anderem aus Solidarität mit der Ukraine – von

der Ostmafia distanzieren, distanziert sich Pfister von dieser Kritik und verlangt die Abwahl eines profilierten Kritikers. Heute spielt sich derselbe Pfister als grosser Freund der Ukraine auf.»

Der heutige Mitte-Präsident kritisierte auch nie die Glencore, die beispielsweise Ende 2016 Putin mit 11 Milliarden aus der Finanzklemme half. Diese Hilfe war besonders unanständig, weil ein Grossteil über den Staatskonzern Rosneft in die Kriegskasse floss. Der Betrag hat den 1'300fachen Gegenwert von 12'400 FLAK-Patronen. Weil deren Weiterlieferung neutralitätsrechtlich unmöglich ist, stellte Pfister im April 2022 die Frage: «Ab wann ist die Neutralität unanständig?» War die Wortwahl ein Freud-scher Versprecher?

INTERVIEW

«Wenn wir ihn jetzt nicht stoppen, wird er einfach weitermachen.»

Das von Student*innen gegründete Magazin DOXA wurde in den letzten Monaten zu einer journalistischen Widerstandsbastion. DOXA trotz der Desinformationskampagne des Kreml und der Zensur der Presse und veröffentlicht Texte gegen den Krieg, die Diktatur und soziale Ungleichheit. Im Gespräch diskutieren Maria Menshikova, zurzeit Doktorandin in Deutschland und Redaktorin von DOXA, und S.*, ehemaliger Redaktor von DOXA, die aktuelle Situation der russischen Opposition. EIN INTERVIEW VON ANJA GADA

Wie ist die russische Opposition derzeit organisiert?

S: Im Moment gibt es keine vereinte Opposition. Ein Teil der Aktivist*innen befinden sich in Russland selbst, gegen viele läuft jedoch ein Strafverfahren, weshalb viele auch im Ausland sind. Natürlich gibt es verschiedene Aktionsformen und deswegen auch Uneinigkeit. Manche, wie wir, sind journalistisch tätig und machen gewaltfreies Campaigning, andere sabotieren aktiv die Kriegsmaschinerie. Die juristische Verfolgung von Aktivist*innen hat jedoch schon vor dem Krieg angefangen. Zu der Zeit, als die Fussball-Weltmeisterschaft stattgefunden hatte, wurde versucht, Rechtsdelikte zu fabrizieren und diesen Aktivist*innen anzuhängen.

M: Schon 2018 gab es so starke Repression, dass Leute bis zu 18 Jahre Gefängnisstrafe erhielten. Ich habe das Gefühl, dass damals versucht wurde, Angst zu schüren und alle

kritischen Stimmen auszulöschen, bevor der Angriffskrieg startete.

Spürt ihr Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft?

S: Kaum. Frankreich zum Beispiel hat militärische Güter und Polizei-Ausrüstung bis letztes Jahr an den Kreml geliefert. Dass westliche Staaten russisches Öl und Gas gekauft haben, bedeutete auch eine Unterstützung Putins. Bis letztes Jahr gab es kaum harte Sanktionen gegen Russland. Zudem sind viele in Kraft getretene Sanktionen nicht effektiv oder sogar schädlich, da westliche Regierungen und private Akteur*innen keine gemeinsame Vision zu haben scheinen, was sie sich von den Sanktionen erhoffen. Essentiell wäre es, Oligarchenvermögen einzufrieren und die Waffenlieferungen nach Russland zu stoppen. Diesbezüglich müsste mehr gemacht werden.

Sanktionen werden oftmals kritisiert, weil sie auch die Bevölkerung treffen können. Wie sieht die Situation in Russland derzeit aus?

M: Russ*innen sind sich Inflation gewöhnt. Ich glaube bis jetzt gab es keinen ökonomischen Kollaps, weil «fähige» Leute in der russischen Regierung sitzen. Ausserdem unterstützt der russische Staat sehr arme Menschen massiv, um sie vor der kompletten Verelendung zu bewahren. Grundsätzlich haben Sanktionen jedoch ihre Grenzen. Wegen der globalisierten Handelswege können Sanktionen nun über andere Länder umgangen werden.

Was müsste passieren, um die Autokratie Putins zu beenden?

S: Es braucht eine signifikante militärische Niederlage. Dann muss sich die russische Bevölkerung organisieren, um das Regime zu stürzen. Putin ist ein Imperialist. Auch wenn ich das nicht gerne sage: Wenn wir ihn jetzt nicht stoppen, wird er einfach weitermachen.

M: Ich frage mich das täglich. Für mich ist es wichtig, existierende Strukturen wie Büchereien, Tierheime, kooperative und unabhängige Cafés und Bürger*innen-Initiativen zu unterstützen. So lernen die Menschen sich zu organisieren, auch wenn es nicht in einem politischen Kontext stattfindet. Es braucht kollektive Handlung und eine Bewegung von unten, von allen Lebensbereichen.

*Name ist dieser Zeitung bekannt.

Das vollständige Interview finden Sie unter <https://gsoa.ch/wenn-wir-ihn-jetzt-nicht-stoppen-wird-er-einfach-weitermachen/>

Repression gegen russische Regimekritiker*innen

Laut dem unabhängigen russischen Medienportal Meduza sind seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine 94 Brandanschläge auf militärische Rekrutierungszentren ausgeübt worden und Schätzungen zufolge bis zu 300 Sabotageakte auf Bahninfrastruktur durchgeführt worden. Fast 20'000 Personen wurden in Russland an Anti-Kriegsdemonstrationen festgenommen, gegen 537 Menschen läuft ein Strafverfahren im Zusammenhang mit Antikriegsaktionen, 32 Personen wurden gefoltert.¹ Vor wenigen Wochen wurde auch gegen Maria Menshikova ein Strafverfahren wegen «öffentlichen Aufrufs zu Terrorismus» eröffnet.² Würde sie in ihr Heimatland zurückkehren, könnten ihr bis zu fünf Jahre Gefängnisstrafe drohen.

¹Daten der Menschenrechtsorganisation OVD-Info
²<https://meduza.io/en/news/2023/04/21/russian-authorities-open-felony-justifying-terrorism-case-against-doxa-news-editor-maria-menshikova>

MILITARISIERUNG

Militarismus in der Internetkultur

Weibliche Influencerinnen sollen der psychologischen Kriegsführung der Armee dienen. Das ist für Antimilitarist*innen besorgniserregend. ROXANE STEIGER

Um die Frauenquote im Militär zu steigern, greift Bundesrätin Viola Amherd in der Kommunikation zu verschiedenen Mitteln. Seit Kurzem setzt sie unter anderem auf den Aufbau eines Netzwerks von Influencer*innen, die auf Social Media für den Militärdienst werben. Auf sozialen Netzwerken wie Instagram oder TikTok posieren sie in Selfies im Camouflage-Anzug mit verspielten Gesichtsfiltren. Sie zeigen sich in verführerischen Posen, am Strand, im Fitness, im Ausgang mit Militärkolleginnen und im Einsatz in der RS. Sie sind säuberlich geschminkt und benutzen Hashtags wie #armygirl, #womanpower, #strongwoman oder #militarycurves. Oft haben sie tausende Follower*innen, die fleissig mit Herzchen und Flämmchen kommentieren und ihre Bewunderung ausdrücken. Das Phä-

nomen ist keineswegs ein Einzelfall: Zahlreiche Regierungen setzen auf Influencerinnen, um die junge Generation und speziell Frauen ins Militär zu locken.

INFLUENCERINNEN ZUR PSYCHOLOGISCHEN KRIEGSFÜHRUNG

Die US-Armee setzt schon seit einiger Zeit für die Rekrutierung von Streitkräften auf Influencerinnen. Gemäss dem Online-Magazin Dazed gehören die sozialen Medien gar zu den effektivsten Rekrutierungsinstrumenten der Armee. Die Influencerinnen werden von der US-Armee als «Psychological Operations Specialists» beschrieben. Im Rahmen dieser Operationen werden ausgewählte Informationen an Zielgruppen übermittelt, mit dem Ziel ihre Emotionen,

Motive und Überlegungen hervorzurufen, die sich als günstig für die Ziele der US-Armee erweisen. Diese Operationen sind somit Teil der psychologischen Kriegsführung, um das Verhalten und die Einstellungen der Zivilbevölkerung zu beeinflussen. Die Strategie besteht darin, die militaristische Kultur und deren Werte zu normalisieren sowie die Vorstellung davon, was es bedeutet, Soldatin zu sein, zu romantisieren.

SEXUALISierter MILITARISMUS

Traditionellerweise ist Militarismus eng mit klassischen Idealen von Männlichkeit und Weiblichkeit verbunden. Die männliche Identität wird stark mit dem Militär in Verbindung gebracht. Dabei werden Eigenschaften wie Gewalttätigkeit, Aggressivität, Toughness oder Dominanz typischerweise mit Männlichkeit assoziiert. Der vom Militär konstruierten Weiblichkeit hingegen werden Attribute wie schwach, schutzbedürftig und unterstützend zugeschrieben. Die Influencerinnen strahlen aber das Bild einer Powerfrau aus, die sich selbst verteidigen kann. Sie ist stark

vom «male gaze» geprägt – also der Darstellung von Frauen durch die Augen eines heterosexuellen Cis-Mannes. Es ist kein Zufall, dass die Influencerinnen einem gewissen Schönheitsideal entsprechen und sehr feminin erscheinen. Die Botschaft ist klar: Frauen in männerdominierten Umfeldern sind attraktive «Girldresses», die genau wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit im Militär begehrenswert sind. Somit wird sich auch feministischen Argumenten der Gleichstellung bedient, um diese Darstellung für Frauen attraktiv zu machen. Männlich sollen sie dabei aber nicht wirken, dies signalisiert die Bildsprache klar. Was wir heute auf diesen Social Media Kanälen sehen, ist eine Form von hypersexualisiertem Militarismus. Dabei wird Gewalt in Form von Selfies, Gesichtsfiltren und Hashtags als etwas Niedliches, Albernies, Unbedrohliches gar Lusterregendes dargestellt. Für Antimilitarist*innen ist das besorgniserregend, denn so dringt Militarismus ungestört in die Internet- und Popkultur und von dort schleichend in die Gesellschaft ein.



©ZIVI, Foto: Gaëtan Bally

DIENSTPFLICHT

Unterbestand im Zivildienst: Schuld ist die Armee, richten soll es der Zivildienst

Es geht weiter mit den Angriffen auf den Zivildienst. Dieses Mal kommt der Vorschlag nicht aus dem Parlament, sondern vom Bundesrat. Zivildienstleistende sollen künftig gezwungen werden können, das Bestandsproblem des Zivildienstes auszubaden. Das Zynische: Die Armee selbst ist hauptverantwortlich für ebendiesen Unterbestand. JONAS HEEB

Wir sprachen in der letzten Ausgabe bereits von Angriffen auf den Zivildienst. Dieser soll mit dem Zivildienst fusioniert werden, so eine Forderung. Glücklicherweise steht der Bundesrat dieser Motion ablehnen gegenüber. Jedoch ist Bundesrat keineswegs gegen eine den Zivildienst schwächende Annäherung an den Zivildienst. Bis Anfang Mai befand sich eine Gesetzesänderung in der Vernehmlassung, welche Zivildienstleistende zu Einsätzen im Zivildienst zwingen können soll. Ausserdem sollen Armeeangehörige, die nach absolvierter Rekrutenschule untauglich werden, schutzdienstpflichtig werden. Damit soll das Bestandsproblem im Zivildienst gelöst werden. Das Bestandsproblem ist jedoch vielmehr ein Verteilungspro-

blem, weil der Zivildienst kantonal organisiert ist. Der Bundesrat lehnt es aber in derselben Botschaft ab, Einteilungen von Schutzdienstleistenden ausserhalb ihrer Wohn- oder Nachbarkantone vorzunehmen, obwohl damit ein erheblicher Teil dieses Problems gelöst werden könnte.

Stattdessen soll einmal mehr der Zivildienst erhalten. Grundsätzlich wäre es ja gar keine schlechte Idee, Zivildienstorganisationen als Einsatzbetriebe für den Zivildienst zu öffnen. Der Bundesrat will jedoch Zivildienstleistende zwingen, ihren Einsatz zu einem vorgegebenen Zeitpunkt im Zivildienst zu leisten und somit sowohl den Zivis wie auch den Einsatzbetrieben ihre Planungssicherheit nehmen.

Gleichzeitig haben wir aktuell eine Armee, die einen widerrechtlichen Überbestand hat. Eine Armee, deren unfreiwillige Angehörige tagelang herumsitzen, warten und sich diversen Beschäftigungstherapien unterziehen müssen, weil sie schlicht zu wenig zu tun haben. Wieso setzt man nicht dort zuerst an? Wieso muss der Zivildienst erhalten, der täglich für die Gesellschaft wertvolle Arbeit leistet? Kommt hinzu – und das sagt sogar das VBS selbst – dass Hauptverursacherin für den Unterbestand im Zivildienst die Armee selbst ist. Durch die «differenzierte Tauglichkeit», die 2015 eingeführt wurde, sind deutlich mehr Personen militärdiensttauglich, die vor dieser Änderung noch dem Zivildienst zugeteilt worden wären. Es wäre also nur schlüssig, dementsprechend das Problem dort anzugehen, wo es entstanden ist, anstatt Zivildienstleistende mittels Zwang einzuberufen, um es auszubaden.

SOLDATENBERATUNG

E-Mail Betreff: Probleme in der Armee

Neben der ganzen politischen Arbeit bietet die GSoA eine Soldatenberatung an. Täglich erreichen uns mehrere Leute, die Probleme mit dem Militärdienst haben. Somit erhalten wir auch Eindrücke, wie es im Militär so zu und her geht. JONAS HEEB

Die Anzahl Personen, die sich aufgrund verschiedenster Erschwernisse in der Armee an uns wenden, ist schon beachtlich. Dass uns täglich Leute erreichen, ist nicht übertrieben. Was auffällt: Oft mangelt es schlicht und einfach an der Informationslage im Militär. So viele Informationen zum Zivildienst oder zum Thema Untauglichkeit muss man sich aufwändig zusammensuchen. Oder wie das mit dem Weitermachen nun genau funktioniert, wird einem erst dann gesagt, wenn es soweit ist. Sehr viele Rekruten und Soldaten kennen ihre Rechte nur ungenügend, weil die Pflichten im Vordergrund stehen und man über die Rechte schlicht zu wenig informiert wird.

So kommt es dann vor, dass Leute mit ernsthaften psychischen Problemen in der RS nicht wissen, dass sie das Recht haben, eine*n Psychiater*in aufzusuchen. Kommt hinzu, dass einem ständig eingeredet wird, keine Schwäche zeigen zu dürfen. Häufig wollen Vorgesetzte von Beschwerden verschiedenster Art nichts wissen, verkomplizieren einen Arzttermin oder lachen die Betroffenen sogar aus. Uns ist klar, dass dies nicht alle in der Armee betrifft. Jedoch ist diese Willkür eine Realität, die wir zahlreich zu hören bekommen.

Willkür herrscht beispielsweise beim Verschieben von Diensten. So hatte beispielsweise ein Soldat Aussichten auf ein einmaliges For-

schungsprojekt im Ausland im Rahmen seines Studiums. Weil aber sein WK nicht verschoben wurde – in welchem er einen Grossteil der Zeit rumsitzen musste – konnte er diese Chance nicht wahrnehmen. Und obwohl sich das VBS – auch in der Armee – als sportfördernd gibt, hatten schon einige Rekruten auf dem potenziellen Weg zum Profisport grosse Schwierigkeiten, weil ihnen die Armee Steine in den Weg legte.

Das Militär kann den Leuten stark zusetzen, teilweise so stark, dass sich Soldaten schon überlegten, sich selbst zu verletzen, um untauglich zu werden. Deshalb beraten wir dich gerne, wenn du dich gegen die Willkür in der Armee wehren willst. Wenn du Probleme im Militär hast oder du jemanden kennst, melde dich bei uns! Rufe uns an (031 301 82 09) oder schreib uns eine Mail an gsoa@gsoa.ch und wir versuchen zu helfen!

Lieber Rekrut

Du wurdest heute eingezogen und erschauerst vor den nächsten 18 Wochen Militärdienst?

**Du musst nicht "stark sein".
Du musst es nicht "durchziehen".
Du musst nicht schiessen lernen.
Du bist kein Weichei.**

Du bist normal.

Melde dich bei uns, wenn du Hilfe brauchst: gsoa@gsoa.ch

GSOA

GUN FREE KITCHEN TABLE

Nur schusswaffenfreie Küchentische? So bescheiden?

Auf der Website der Gun Free Kitchen Table ist ersichtlich, mit welchen Organisationen die GFKT zusammenarbeitet und es wird schnell klar, da geht es um viel mehr. NOÉMI HOLTZ

Da sind unter vielen anderen

- die **Achoti**, eine Fraueninitiative gegen Femizid
- die **Physicians for Human Rights**, die in Israel/Palästina alle betreuen, die durch die Maschen der Gesundheitsversorgung fallen, die «sans papiers», Flüchtlinge und Menschen in den besetzten Gebieten (Gaza und Westbank)
- die **Abraham Initiative**, die Gewalt in den arabischen Ortschaften reduzieren will
- die **Breaking the Silence**, bei der Militärdienstleistende über Menschenrechtsverletzungen des Militärs in den besetzten Gebieten Zeugnis ablegen und das publik machen.
- **Tmura**, das Zentrum für legale Gleichberechtigung (Antidiskriminationszentrum)
- **Psychoaktive**, eine Gruppe palästinensischer und jüdisch israelischer Psychotherapeut*innen, die die sozialpolitische Dimension psychischer Gesundheit fokussiert, sowohl therapeutisch wie medial.

Alles Organisationen in Israel/Palästina mit unterschiedlichen Schwerpunkten, deren gemeinsames Ziel der Abbau der Gewalt, die Abrüstung im zivilen Raum und Gleichberechtigung aller ist.

Die «Gun Free Kitchen Table» wurde 2010 von arabischen und jüdisch-israeli Juristinnen gegründet, sie ist eine Untergruppe der Organisation «Frau für Frau». Die Zielsetzung der GFKT ist, Abrüstung und **Waffenkontrolle** durchzusetzen, im zivilen Raum in Israel und auch in den besetzten Gebieten.

Ein Zoom Meeting im letzten Frühling machte mich mit den leitenden Frauen bekannt. Arabische und jüdische Juristinnen, jede mit dem spezifischen Wissen ihrer Gemeinschaft. Der Dialog spürbar auf Augenhöhe. Sie benennen die Fakten: Je mehr Waffen im Umlauf sind, desto mehr werden sie gebraucht. Ein Anliegen der GFKT ist deshalb, dass vorerst alle Waffen registriert und zentral gelagert werden, nicht mehr privat in jedem Haushalt. In Israel existiert eine noch ausgebautere Sicherheitsindustrie als

bei uns, viele Sicherheitsaufgaben sind privatisiert, was die Kontrolle zusätzlich erschwert.

Ein weiteres gemeinsames Anliegen dieser Frauen ist, **die häusliche Gewalt in allen Gesellschaftsgruppierungen zu reduzieren**. Diese Gewalt ist auch, aber nicht nur, eine Folge der andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen. Eine der Mitarbeiterinnen sagte in diesem Zoommeeting, dass die Gewalt gegen Frauen nach der Rückkehr der Männer vom Militärdienst um 50% ansteige!

Rela Mazali, eine der Gründerinnen sagt: «Die (israeli) Gesellschaft ist so militarisiert, dass Gewalt normal scheint.»

Ein wesentlicher Faktor ist die **hierarchisch-patriarchale Tradition**, sowohl in der jüdischen als auch in der traditionell arabischen Kultur hat der Mann, respektive die männlichen religiösen Geistlichen, das Sagen. Das wirkt sich bis weit in die säkulare Welt aus. In dieser hierarchisch-patriarchalen Logik muss die Diskriminierung durchgesetzt und erhalten werden, nach dem Motto Goethes **«und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt»**.

Hanna Amoury, eine der Mitarbeiterinnen, die sich lange gegen die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung engagierte, betont, dass in der letzten Zeit die **Gewalt innerhalb der arabischen Bevölkerung massiv anstieg**. Die GFKT untersuchte das genauer, sie sprachen fortan nicht mehr von Gewalt (violence) sondern von Kriminalität (crime). Sie dokumentierten, dass diese die Folge politischer Fehler sei. Zum Beispiel kümmerte sich die Regierung lange nicht um die **Sicherheit der arabischen Bevölkerung**, geschweige denn um die Sicherheit der arabischen und beduinischen Frauen.

Ich erinnere mich an einen Vortrag einer Frauenhausleiterin aus Haifa (Israel) vor der Errichtung des Grenzzaunes zu Gaza. Sie schilderte die Situation der Frauen der Beduinen im Süden Israels. Offiziell ist in Israel Monogamie die Norm. Da sich niemand um die Durchsetzung dieses Gesetzes bei den Beduinen kümmerte, holten sich manche dieser Clanherren 2. und 3. und 4. Frauen. Wenn diese Frauen

Gewalt erleben, was oft vorkommt, können sie keinen Platz in den staatlichen Frauenhäusern bekommen, weil es sie offiziell ja nicht gibt.

Wenn die GFKT ihre Sicht in der Israeli Regierung einbringt, hat sie es mit einem **Grundproblem** zu tun: **Israel anerkennt zwar das (arabische) Individuum, aber die Araber als Kollektiv nicht**. Deshalb wird die arabische Gemeinschaft der Westbank als Ganzes stark kontrolliert (Strassensperren und Hauskontrollen). Der Staat kümmert sich aber wenig darum, was innerhalb der arabischen Gesellschaft passiert. Die lokale Sicherheit, auch die der arabischen Frauen, wurde kaum beachtet.

Laut GFKT hatten kriminelle Banden dort nachweisbar Kontakte mit dem Shabak (dem Israeli Inlandsgeheimdienst), Waffen des Militärs gelangten zu diesen Banden, Gewehre und mehrere 1000 Kugeln seien laut diesen Nachforschungen dem Militär abhandengekommen. In der Westbank würden auch illegal Waffen produziert, die dann durch die Militärkontrolle geschmuggelt im Kernland landen. Diverse feministische Aktionsgruppen lieferten Daten über den **Waffenhandel**, tauschten sich aus, u.a. «women against weapons» und die GFKT. Solange die Banden nur innerhalb der arabischen Gesellschaft ihr Unwesen trieben, geschah nichts. Bis 2010 forderten nur ein paar Araber*innen Kontrollen. Ab 2017 wurde aber ein steiler Anstieg von Morden auch in der jüdisch-israeli Gesellschaft festgestellt. Seither wird dieser Waffenhandel, -schmuggel, Diebstahl etwas mehr beachtet.

Die Frauen der GFKT wollen den öffentlichen Diskurs über diesen Waffenhandel in Gang bringen, sammelten dazu laufend Fakten und Daten. Letztes Jahr gingen sie damit vor Gericht, nachdem ein Minister nach einem Terrorakt einen Aufruf zur Bewaffnung der jüdischen Bevölkerung erliess. Die GFKT verlangte, dass darüber im Parlament entschieden werden müsse, dass das nicht in der Hand eines einzelnen Ministers bleiben dürfe. Es geht der GFKT darum, klarzustellen, **dass mehr Waffen im Umlauf das Land nicht sicherer machen**. Was sie mit ihren Publikationen bereits erreichten, war die Einsicht, dass viele illegale Waffen auch in jüdisch-israeli Händen waren.

Gun Free Kitchen Table arbeitet aber auch für einen radikalen Kurswechsel der Armee in den besetzten Gebieten. Sie betonen, dass es für viele Israelis schon normal sei, dass das Militär dort einfach in private (arabische) Häuser eindringt. Ihr Engagement geht also weit über den Küchentisch hinaus.

GFKT UND GSOA

Der Ansatz der Gun Free Kitchen Table ist feministisch: Die kausalen Zusammenhänge zwischen Militär, patriarchalen Strukturen, der Diskriminierung und der Gewalt im zivilen Raum werden betont.

Gemeinsam ist das Engagement gegen die Militarisierung der Gesellschaft, die auch bei uns im Trend ist: Frauen sollen ins Militär, der Zivildienst und der Zivilschutz sollen zusammengelegt werden, der Umgang mit der F-35 Initiative lässt keine Zweifel daran offen.

Eine weitere Gemeinsamkeit: Die GFKT zeigten auch auf, dass die Schusswaffen im zivilen Raum zu mehr (häuslicher) Gewalt führen. Im Artikel: Familiendramen – ein schweizerischer «Sonderfall»: (Crimiscope Nr. 13, Dez 2006) steht, dass «die Schweiz – relativ, aber auch absolut – eine im internationalen Vergleich sehr



Die Advokatinnen des GFKT. V.l.n.r.: Adv. Meisa Irshaid (GFKT), Rela Mazali (GFKT), Netta Loevy (Itach-Maaki), Anne Suci (ACRI). Foto: GFKT

hohe Rate an Morden im Familienkreis aufweist». Und dazu ein pikantes Detail: Schweizer verwenden Schusswaffen bei allen Fallkonstellationen häufiger als Ausländer.

Trotzdem wurde die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» am 13. Februar 2011 abgelehnt. Dank der EU haben wir jetzt eine moderate Verschärfung. Da sind wir weiterhin gefragt.

Was wir von der GFKT übernehmen könnten, ist die vertiefte Analyse der gewaltfördernden Logik der militärischen Sozialisierung, also die Frage, welche **Auswirkungen die Erziehung zu Gewaltanwendung im Militär bei uns im zivilen Raum** hat – im Bereich Gewalt und auch der psychischen Störungen.

Auf der Website der GFKT sind Studien und Daten aufgeführt, was sowohl der Vertiefung dient wie auch belegt, weshalb die Aktionen der GFKT sinnvoll sind. Das gibt der Organisation mehr Gewicht. Auch das könnte für uns sinnvoll sein.

Das Engagement gegen alle Formen der Unterdrückung ist der Kern der Gewaltprävention. Minderheiten, die sich in patriarchalen Strukturen als Projektionsfläche eignen (mal Moslems, mal Homosexuelle, LGTB, Migrant*innen, mal Juden, mal aufreizende Frauen) sind bis zu einem gewissen Grad austauschbar. Gewaltfreie Emanzipation ist das Kernanliegen der Gewaltprävention. In diesem Kontext entstand die Bewegung «kitchen table» in den 80er Jahren in den USA. Die «women of color» etablierten eine Pressestelle als Sprachrohr für ihre Anliegen und bauten diese später als Netzwerk für Frauen aus. In der Folge etablierten sich im englischsprachigen Raum «kitchen tables» auch mit anderen Themen. Gemeinsam ist, dass Erfahrungen aus dem Alltag diskutiert und öffentlich gemacht werden. Die GFKT ist Teil dieser emanzipatorischen Bewegung.

Die GSOA will das Militär und damit patriarchale militärische Strukturen abbauen und abschaffen und zeigen, dass das möglich ist. Ziemlich unbescheiden, für eine gewaltfreie Zukunft.

Webseite der Gun Free Kitchen Table: gfk.org/en



Foto: GFKT, Maciej Rozwadowski



ATOMWAFFEN

Die Schweiz muss sich für nukleare Abrüstung einsetzen!

Bei der Unterschrift des Atomwaffenverbotsvertrags TPNW geht es ums Ganze: Wenn der Bundesrat nicht gesetzlich verpflichtet wird, sich für nukleare Abrüstung einzusetzen, dann wird er versuchen, die Schweiz unter den nuklearen «Schutzschirm» der NATO zu stellen. An der vergangenen Vollversammlung (nach Redaktionsschluss) stand dann auch ein Initiativprojekt zum TPNW zur Debatte. LUKAS BÜRGI

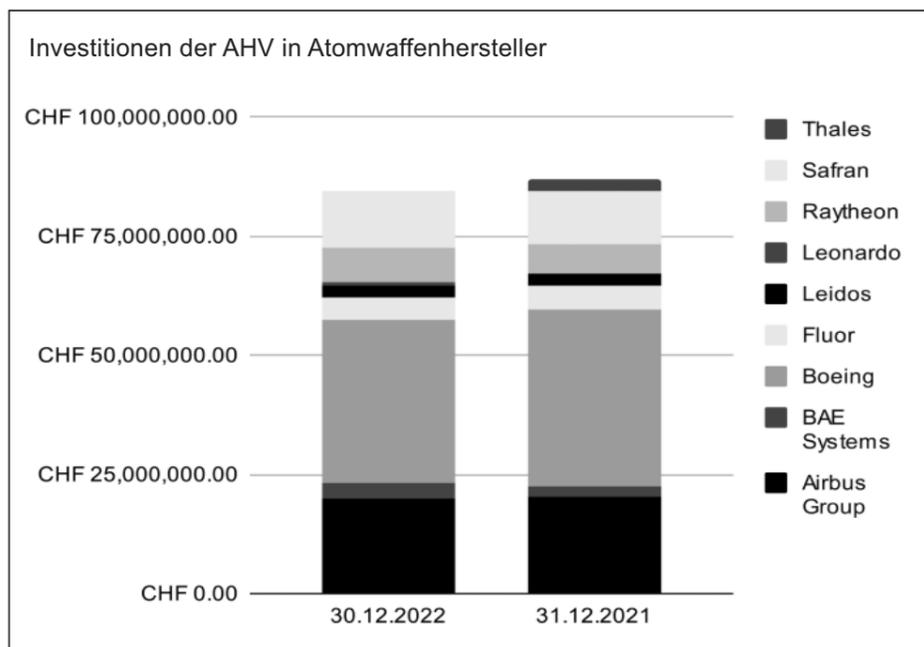
Der Einsatz von Atomwaffen hat so schreckliche Folgen, dass laut Experten der UNO-Menschenrechtskommission¹ nicht nur die Verwendung von oder die Drohung mit Atomwaffen verboten ist, sondern auch deren Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Besitz. Nein, das ist kein Wunsch für die Zukunft, das Verbot gilt auf Basis eines UNO-Menschenrechtsabkommens von 1966, das von 173 Staaten ratifiziert wurde. Das ist auch nicht der einzige internationale Vertrag, der Atomwaffen bereits jetzt verbietet. So verpflichtet zum Beispiel auch der Nichtverbreitungsvertrag NPT die Atomwaffenstaaten zum Abrüsten. Trotzdem ist es in der Schweiz erlaubt, Unternehmen zu besitzen, die Atomwaffen herstellen. So besitzen beispielsweise die Nationalbank 2'311 Millionen, die AHV 84 Millionen und Schweizer Unternehmen insgesamt mindestens 7'110 Millionen Franken von Anteilen an Atomwaffenherstellern. Das

Problem mit den existierenden Verträgen ist, dass sie nicht explizit sind und schon eingebaute Kompromisse haben, die es ermöglichen, sie zu unterschreiben und dann zu ignorieren. Hier springt der Atomwaffenverbotsvertrag in die Bresche: Wenn die Schweiz diesen Vertrag unterschreibt, bezieht sie klar Stellung und der Bundesrat wird gezwungen, sich ernsthaft wirtschaftlich und diplomatisch für nukleare Abrüstung einzusetzen. Nur so kann verhindert werden, dass der Bundesrat wie ein Fähnchen im Wind mal Lippenbekenntnisse für die nukleare Abrüstung abgibt und dann doch wieder vor der NATO katzbuckelt.

Mehr und aktuellere Informationen zum Thema auf gsoa.ch/atomwaffen

¹Dokument CCPR/C/GC/36,

<https://undocs.org/CCPR/C/GC/36>, Abschnitt 66

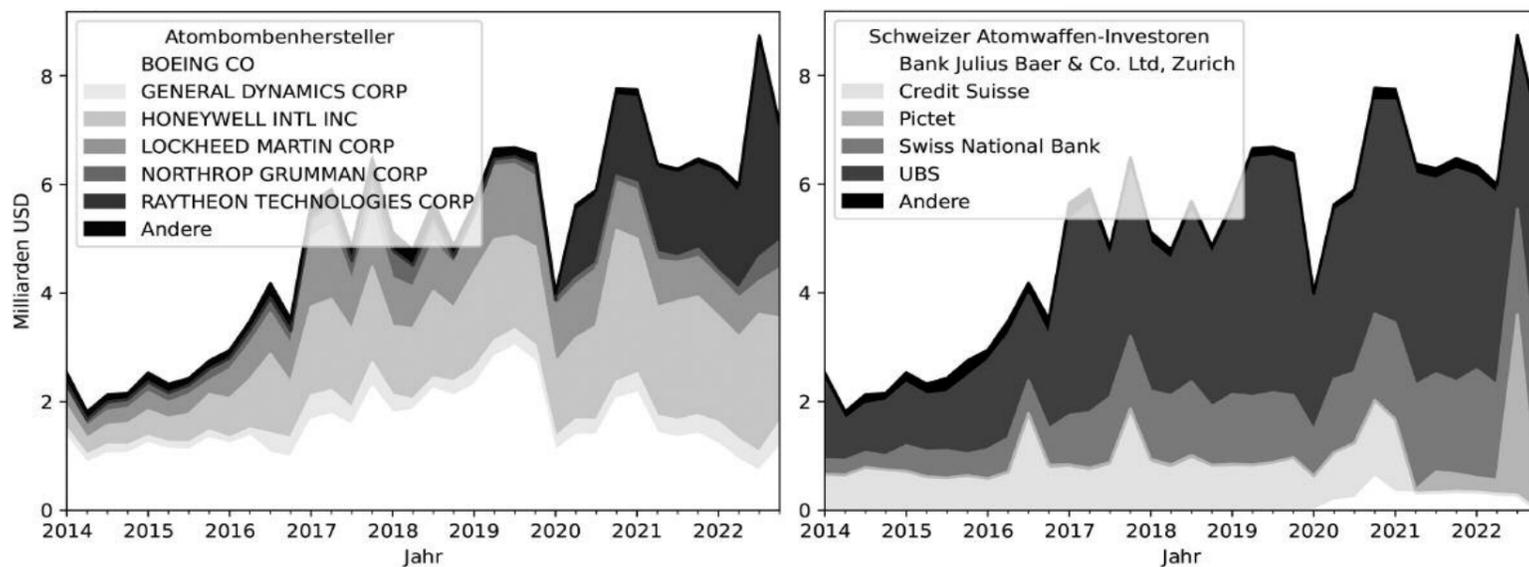


Diese Übersicht wurde von der GSoA mit Daten vom AHV-Ausgleichsfond und dem Bericht von «Don't Bank on the Bomb 2022» erstellt. Sie umfasst nur direkte Investitionen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mehr Informationen: <https://github.com/lukas-buergi/compenswiss-nuclear-weapons>

Investitionen von Schweizer Unternehmen in Atomwaffenhersteller, in Milliarden USD über die Quartale. Es werden in beiden Grafiken dieselben Investitionen dargestellt, einmal aufgeschlüsselt nach den Atomwaffenherstellern, in die investiert wurde und einmal nach den Schweizer Unternehmen, die die Investitionen getätigt haben.

Diese Übersicht wurde von der GSoA mit Daten von der US-Börsenaufsicht und den «Don't Bank on the Bomb»-Berichten 2014 bis 2022 erstellt. Es werden so nicht alle Investitionen in Atomwaffenhersteller erfasst, es handelt sich um Minimalwerte.

Mehr Informationen: <https://github.com/lukas-buergi/usa-sec>



ZUKUNFTSSZENARIEN

Rückblick auf das Jahr 2043

Die Welt sieht düster aus derzeit. Es ist einfach, die Hoffnung zu verlieren. Horrorszenarien für die Zukunft finden sich überall. Dabei ist eine Wende in eine bessere Richtung nüchtern betrachtet genauso realistisch. Es wird nicht alles so passieren, wie hier beschrieben. Aber es könnte. ANDREAS WEIBEL

Bei jeder Revolution ist es dasselbe: Im Vorhinein scheint sie undenkbar, im Rückblick war sie aber unausweichlich. Das war in der Sowjetunion Ende der 1980er so und auch in Russland zu Beginn der 2030er. Wie damals war Russland seit zehn Jahren im Krieg. Der Krieg begann in der Ukraine und ging nach dem Rückzug in einen Bürgerkrieg im Innern Russlands zwischen der Zentralregierung und einigen Warlords über. Aber immer neue Rekrutierungswellen, wirtschaftlicher Niedergang und brutale Repression liessen sich auch mit der ausgeklügeltesten Propaganda irgendwann nicht mehr schönreden.

Und dann war die Bewegung plötzlich da. Ein demokratischer Flächenbrand. Angeführt von den Frauen und Schüler*innen. Keine Regierung kann sich halten, wenn plötzlich zehn Prozent der Menschen auf die Strasse gehen.

EINE ZWEITE CHANCE

Der historische Sondergipfel des Uno-Sicherheitsrates in Addis Abeba stellte die Weichen, um die Vereinten Nationen endlich zum globalen Sicherheitsmonopol zu machen, als das sie ursprünglich konzipiert waren. Die Länder des globalen Südens hatten zusammen mit einigen neutralen Ländern erreicht, dass die verbleibenden Nuklearmächte diese Gelegenheit nutzten, um den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Nach Jahren der globalen nuklearen Angst während des russischen Bürgerkrieges war es offensichtlich geworden, dass es nie wieder möglich sein darf, dass jemand die Welt mit Atomwaffen erpressen kann.

Die Generation, die seit bald zehn Jahren in Russland an der Macht ist, hat das klare Ziel vor Augen, wieder zu einem vollwertigen Mit-

glied der Staatengemeinschaft zu werden. Auch China hat jedes Interesse daran, die kollektive Sicherheit zu stärken. Zu gross sind für Peking die demographischen Herausforderungen einer schwindenden und überalterten Gesellschaft inzwischen geworden, als dass es sich ein militärisches Wettrüsten noch leisten könnte. Nach den verheerenden Dürrejahre im Westen und Süden des Landes unterstützten auch die USA jeden Vorstoss, der es erlaubte, Ressourcen zur Bewältigung der Klimakrise bereitzustellen.

DIE SCHWEIZ FINDET IHRE ROLLE

In Europa sind inzwischen nur noch einzelne zeremonielle Armeeeinheiten nationalstaatlich organisiert. Der Grossteil der Truppen stand schon seit dem Ende der 2020er-Jahre unter dem Kommando der EU. Ein zentraler Diskussionspunkt in Addis Abeba war die Integration der russischen Verbände in diese Struktur. Russland konnte seine Bedingung durchsetzen, dass dafür das Kommando der europäischen Streitkräfte an die Uno übertragen wurde.

Vor zwei Jahren wurden in der Schweiz die letzten F-35 ausser Dienst gestellt. Nur zwölf Flugzeuge hatte die Schweiz schlussendlich we-

gen der explodierenden Kosten erhalten. Der Beschaffungsskandal hatte nicht nur zum Rücktritt der damaligen Bundesrätin Amherd geführt, sondern auch zu Bestechungsverfahren gegen mehrere Beamte der Bundesbehörden. Sie hatten die Anforderungsliste so angepasst, dass nur noch der US-amerikanische Jet in Frage kam.

Während langer Zeit hatte die Schweiz ihre Rolle in dieser veränderten Welt gesucht. Spätestens seit dem Zusammenschluss der europäischen Streitkräfte war die Schweizer Armee obsolet geworden. Eine Integration der Schweizer Armee in der damaligen Form war jedoch aufgrund ihres Milizcharakters nicht möglich. Die Lösung war, dass die Schweiz die Organisation der Katastrophenhilfe in Europa übernahm. Mit grossen Lagern an Material, einer umfangreichen Helikopterflotte und einer Vielzahl von professionellen und freiwilligen Einsatzkräften, die innert kurzer Zeit in ganz Europa und darüber hinaus Hilfe leisten können. So kam es, dass die Schweiz ihre Rolle in der Weltgemeinschaft fand – als Hochburg der humanitären Hilfe.

DIE LETZTE

AUS DER GESCHICHTE DER GSOA

GSoA vs. Kampffjets – eine nicht ganz erfolgreiche Geschichte

Seit den 90er Jahren kämpft die GSoA gegen die Beschaffung jeglicher Kampffjets. Obwohl erst ein einziger Jet-Kauf aktiv verhindert werden konnte, lehrte man den Gegner*innen das Fürchten. Eine unvollständige Chronologie. JORIS FRICKER

Der gsoatische Kampf gegen Kampffjets beginnt mit einer Sensation, die bis heute demokratiepolitisch nachhallt. Im Jahr 1992 sammelte die damals 10-jährige GSoA 500'000 Unterschriften in 32 Tagen gegen die Beschaffung des F/A-18 Kampffliegers (angenommen wurde der Jet am Ende trotzdem). Dies war gleichzeitig der Beginn einer Hassliebe zwischen der

GSoA und neuen Kampffjets. Noch immer haben Kampffjetbeschaffungen grosses Mobilisierungspotential. So lancierte die GSoA 2008 eine Initiative für ein Moratorium zur Beschaffung neuer Kampffjets. Der Aufhänger: Der Bundesrat wollte neue Kampffjets beschaffen und dem sollte so früh wie möglich der Riegel geschoben werden. Letzteres machte der Bun-

desrat dann aber gleich selber. Er verschob seine Pläne und die GSoA zog ihre Initiative zurück. Doch das bürgerliche Parlament war auch damals schon für fragwürdige Vorgehen zu haben: Es forcierte eine Kampffjetbeschaffung, wodurch Bundesrat Maurer auf Druck letztendlich den Gripen als neuen Kampffjet auswählte. Die Voraussetzungen für diese Beschaffung standen aber von Beginn weg unter einem schlechten Stern. Dank einer taktisch cleveren Rollenverteilung im Abstimmungskampf - die GSoA hielt sich im Hintergrund - konnte der

Gripen tatsächlich verhindert werden. Dies stärkte die kampffjetkritischen Stimmen nachhaltig, wodurch es bei der bisher letzten Abstimmung über einen Kampffjet denkbar knapp wurde. 8000 Stimmen entschieden 2020 über den Kauf eines neuen Fliegermodells. Und was danach mit der Auswahl des F-35 als Kampffjet folgte, ist ja hinlänglich bekannt. Spielverderber war diesmal nicht das Volk, sondern der undemokratisch agierende Bundesrat.

Adieu David, bienvenue Kilian

Unser Genfer Sekretariat ist mit einer neuen Team-Konstellation ins politische Jahr 2023 gestartet. Anfang Februar verabschiedeten wir den Lausanner David Raccaud. An seiner Stelle durften wir den Neuchâtelier Kilian Bello begrüßen, der das Seki-Team seither mit neuen Expertisen bereichert.

David Raccaud war seit Oktober 2021 für das GSoA-Sekretariat in Genf tätig und dort für so manches verantwortlich. In seinen inhaltlichen Beiträgen beleuchtete er verschiedene Themen aus einer antimilitaristischen Perspektive und zeigte sich als schneller, ernsthafter und brillanter Denker. Aufgrund seines weiteren Ausbildungswegs entschied sich David,

seine Zeit bei der GSoA zu beenden. Wir danken ihm für die geleistete Arbeit und wünschen ihm viel Glück für seine Zukunft.

Seit Februar unterstützt nun Kilian Bello das Seki Genf. Er bringt nicht nur vielfältige Erfahrungen mit, sondern ist mit seiner zuverlässigen, kompetenten und hilfsbereiten Art schnell zu einer tragenden Kraft geworden. Neben seinem Masterstudium war er für internationale Projekte insbesondere in den Bereichen Menschenrechte und Friedensarbeit tätig und engagiert sich bis heute als Französischlehrer für Geflüchtete. Wir schätzen uns überaus glücklich, einen so wertvollen Mitarbeiter bei uns zu haben und heissen Kilian herzlich willkommen!

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Bestelltalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirt «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampffjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE	<input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set	<input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:				
	Stop the Army	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defend Earth, End War	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defund Military, Cultivate Peace	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Versandkostenanteil			Fr. 5.-	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.-
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.-	<input type="checkbox"/> Fr. 20.-	<input type="checkbox"/> Fr. 10.-
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop